



**TIROL**

**AKTUELL**

Tiroler SPÖ:  
Uneinigkeit  
beim Spitalsbeitrag

Jetzt fix:  
Chipkarte bringt Daten-  
schutzprobleme und  
neuen Selbstbehalt



**Gesundheit ?**  
was wird aus dir

**Eine Aktion des GLB-Tirol**

**GLB ONLINE**

[www.glbtiro.at.tc](http://www.glbtiro.at.tc)  
[glb.tirol@aon.at](mailto:glb.tirol@aon.at)

**GLB-Zentral**

[www.glb.at](http://www.glb.at)

**Geld regiert die Welt! Jetzt auch bei der Gesundheit. Sie wird wie alle Sozialsysteme der Profitlogik untergeordnet. Die Folge, „Zwei-“ oder gar „Drei-Klassenmedizin“: Wenige Reiche können es sich leisten, Spitzenmedizin zu konsumieren, ein Teil der Bevölkerung kann sich dafür private Zusatzversicherungen leisten und die Ärmeren bleibt eine Grundversorgung. Optimale Gesundheitsversorgung sollte aber für alle gleich zur Verfügung stehen.**



Foto: Petra Stöckl


# Gesundheit, was wird aus dir?

Gesundheit ist - nach einer Definition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) - ein Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens. In der „Realpolitik“ kommt die WHO-Beschreibung aber nur stark eingeschränkt zur Geltung. Jeder

Vorschlag und jede Entscheidung ist von der Kostendiskussion geprägt.

Die angebliche Kostenexplosion ist aber herbeigeredet. Der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand für Gesundheit in Österreich am Bruttoinlandsprodukt

(BIP) hat sich laut OECD nahezu nicht verändert, ja ist sogar etwas gesunken. Also kein Kosten-, sondern ein Verteilungsproblem. Die angebliche Kostenexplosion dient nur als Argument um den neoliberalen Ziel „Weniger Staat,

 <p><b>Gewerkschaftlicher Linksblock Tirol</b> Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck, 0676/3016960, glb.tirol@aon.at, www.glbtirol.at.tc</p>	Erwerbstätig	arbeitslos	Karenzgeld-bezieher(in)		Lehrling	laufende Nummer	<b>A K</b>
	<p align="center"><b>Antrag</b> im Sinne des § 15 Abs1 des Arbeiterkammergesetzes:</p> <p align="center"><b>Gesundheit was wird aus dir?</b></p> <p>Legitime Frage, denn die schwarzblaue Regierung treibt Sozialabbau und Privatisierung weiter voran. Sie hungert die Kassen finanziell aus: Zum Beispiel wird die Verbreiterung der Beitragsgrundlage (u. a. durch wertschöpfungsorientierte Abgaben) verweigert und so die Kassen gezwungen über „Selbstbehalte“ zu Beiträgen zu kommen.</p> <p><b>Das ist die unsozialste Art der Finanzierung!</b> Daher wird die AK-Tirol gesetzesinitiativ für ...</p> <p><b>... den Erhalt der Pflichtversicherung und der selbstverwaltenden Sozialversicherungen</b></p> <p><b>... eine Gesundheitsreform ohne Selbstbehalte</b></p> <p><b>... die Verbreiterung der Beitragsgrundlage durch wertschöpfungsorientierte Beiträge</b></p> <p>und spricht sich gegen jede Privatisierung im Gesundheitsbereich aus.</p>						
<p align="center">Ich wünsche weitere Informationen zu der Gesundheitsaktion des GLB-Tirol</p> <p><input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein</p>							
<p align="center">Versicherungsnummer</p> <p>Familienname Vorname <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/> <input type="text"/></p> <p>Anschrift <input type="text"/></p> <p>Beschäftigt bei (Arbeitgeber, Arbeitsort) <input type="text"/></p>							
Datum der Unterstützung		Unterschrift der(s) Unterstützers(in)					

(Bitte ausfüllen, ausschneiden und an GLB, Gumpstraße 36, 6020 Innsbruck zurücksenden)

mehr privat!“ rasch näher zu kommen. Einzig die Kosten für Medikamente sind überdurchschnittlich gestiegen. Nicht weil der Staat so ineffizient wirtschaftet, sondern weil die private Pharmaindustrie immer höhere Gewinne abschöpfen will.

## Bundesregierung will Selbstverwaltung beschneiden

Die Gesundheitsreform von Bundesministerin Rauch-Kallat stellt einen massiven Angriff auf das bestehende Gesundheitssystem dar. Neben Privatisierungsschüben kommt es auch zur Einschränkung der Selbstverwaltung. So gibt es jetzt „Gesundheitsplattformen“. Mit Hilfe dieser erweiterten Landesfonds und der mit zusätzlichen Aufgaben zu versehenen „Bundesstrukturkommission“ sollen die Gelder der Versicherten zu den Privaten „Gesundheitsanbieter“ umgeleitet werden.

Die Plattformen werden nach der „finanziellen Verantwortung“ zusammengesetzt. Die Versicherten und die Krankenkassen sollen so aus der Entscheidungsinstanz weitgehendst ausgehebelt werden.

Wer bezahlt die Gesundheitsausgaben wirklich? Die BeitragszahlerInnen, also die Versicherten und die öffentliche Hand. Nur: Die öffentliche Hand wird nicht durch ihre politischen Vertreter finanziert, sondern von uns SteuerzahlerInnen. Also kann man sagen, die Gesundheitsausgaben zahlen wir Versicherten uns zu hundert Prozent selbst.

Auch die Ärztekammer hat Vorschläge „zur Sanierung der Krankenkassen“. Sie tritt für einen „neuen Selbstbehalt“ ein, und zwar bis zu 2.000 Euro pro Jahr. Die Ärztekammer nennt dies eine „Geringfügigkeitsgrenze“.

## Privatisierung droht

Im Regierungsübereinkommen ist festgeschrieben, dass es mit der Gesundheitsreform den Sozialversicherungen verboten sein soll, selbst Leistungen zu erbringen. Ambulatorien der Krankenkassen, die Unfallkrankenhäuser und Rehabilitationskliniken der AUVA und die Kuranstalten dürfen dann nicht mehr selbst betrieben werden. Der Betrieb muss an eine Privat-

firma vergeben, bzw. verkauft werden.

In die selbe Kerbe schlägt der ÖVP-Wirtschaftsbund, der die Forderung vertritt, alle Krankenhäuser seien zu privatisieren.

## Und die Probleme in Tirol?

Durch die verkehrte Verteilungspolitik der Gesundheitsmittelverzeichnet die TGKK 2003 ein Minus von 17 Mio. Euro und 2004 19 Mio. Euro. Noch wird dieser Abgang aus dem Ausgleichsfond der Gebietskrankenkassen finanziert. Allerdings nur auf „Pump“, denn die Summe soll bis 2005 zurückbezahlt werden. TGKK-Direktor Heinz Öhler sieht keine „Spar-



potentiale“ mehr.

## Was will der GLB

Um die Gesundheitsversorgung langfristig abzusichern, verlangt der GLB wertschöpfungsorientierte Beiträge. Im Klartext heißt das, dass die SV-Beiträge der UnternehmerInnen nicht mehr ausschließlich von der Beschäftigtenzahl eines Betriebes abhängig sind, sondern auch das Betriebsergebnis (Gewinn) zur Berechnung herangezogen wird. Mit dieser Maßnahme wäre auch die Rücknahme der Selbstbehalte finanzierbar.

Jetzt muss man durch Mobilisierung der Betroffenen und politischen Druck dafür sorgen, dass dieser neoliberale Wahnsinn wieder abgewendet wird! Wir wenden uns mittels Antrag an die AK-Tirol, dass diese Gesetzesinitiative wird. Der Antrag muß von 1.500 Kammerzugehörigen unterstützt werden.

**Wir benötigen auch deine Unterstützung. Das notwendige Unterstützungsfomular findest du auf Seite 2.**



## Liebe Kollegin, lieber Kollege!

Du hältst die erste Ausgabe des „GLB-TIROL-AKTUELL“ in der Hand. Wie du sicher schon bemerkt hast ist der Schwerpunkt dieser Nummer die Gesundheit.

Nicht grundlos: Vor der Wahl versprach Bundeskanzler Schüssel, dass es zu keinen Sozialabbau komme und die Pensionen sicher seien. Danach warf das Kabinett „Schüssel II“ mit der sogenannten Pensionsreform und Pensionsharmonisierung eiskalt die Lebensplanung tausender hart arbeitender Menschen über den Haufen.

Bundesministerin Maria Rauch-Kallat tat jetzt gleiches mit ihrer Gesundheitsreform. Sie inszenierte das Aus für die kostengünstige Gesundheitsversorgung, was insbesondere Menschen mit geringen Einkommen trifft.

Gleichzeitig werden die Krankenkassen finanziell ausgehungert, indem ihnen eine Verbreiterung der Beitragsgrundlage (z.B. auf Wertschöpfungsbasis) vom Gesetzgeber verweigert wird. So werden die Kassen gezwungen, über „Selbstbehalte“ zu Beiträgen zu kommen. Das ist aber die unsozialste Art der Finanzierung.

Der österreichische Dichter Erich Fried schrieb einmal: „Gebrochene Versprechen sind gesprochene Verbrechen“, dem kann ich mir nur anschließen,

meint Euer

**Josef Stingl**

## Gesundheitsausgaben im internationalen Vergleich

	1980		1990		2001	
OECD-Durchschnitt	5,7	5,4	7,6	5,7	8,6	6,2
<b>Österreich</b>	<b>7,6</b>	<b>5,5</b>	<b>7,1</b>	<b>5,2</b>	<b>7,7</b>	<b>5,3</b>
Niederlande	7,5	5,2	8,0	5,4	8,9	5,7
USA	8,7	3,6	11,9	4,7	13,9	6,2
Großbritannien	5,6	5,0	6,0	5,0	7,6	6,2
Schweiz	7,6		8,5	4,5	10,9	
Dänemark	9,1	8,0	8,5	7,0	8,6	7,1
Frankreich			8,6	6,6	9,5	7,2
Schweden	8,8	8,2	8,2	7,4	8,7	7,4
Deutschland	8,7	6,8	9,9	7,7	10,7	8,0

OECD, 2003b. *Health at a Glance. OECD Indicators 2003*. OECD: Paris Tabellen 3.2 und 3.3. 1. Spalte Gesamtanteil zum BIP, 2. Spalte Anteil der öffentlichen Hand zum BIP

# Tiroler SPÖ: Uneinigkeit beim Spitalsbeitrag

**Widersprüchlich ist die Haltung der SPÖ-Tirol bei der Erhöhung des Spitalsbeitrages. Die FSG wettete dagegen, die Landespartei stimmte zu.**



Foto: Archiv

Die Tiroler Sozialdemokratischen GewerkschafterInnen sprechen sich klar gegen die im Zuge des Finanzausgleichs beschlossene Erhöhung der Spitals- und

Rezeptgebühren aus,“ erklärt der Tiroler FSG-Vorsitzende Otto Leist am 3.11.2004. Nur einen Monat später, am 7.12. 2004, hat die SPÖ der Spitalsgelderhöhung von

## Alarmierend: 160.000 Menschen können sich die Krankenversicherung nicht leisten

Die Armutskonferenz hat einen Tag vor Weihnachten kritisiert, dass in Österreich nach wie vor rund 160.000 Menschen keinen Schutz durch eine Krankenversicherung hätten. Das besagt eine neue Studie des Zentrums für Wohlstandspolitik und Sozialforschung“. Immerhin 2,4 Prozent aller über 15-Jährigen. Selbst Studienleiter Michael Fuchs zeigt von der hohen Zahl jener, die durch das soziale Netz rutschten überrascht. Als Gründe dafür gibt er Armut, Scheidung und Arbeitslosigkeit an.

Darüber hinaus würden laut der Armutskonferenz, Sozialhilfeempfänger dadurch diskriminiert, dass sie keinen „normalen“ Krankenschein erhalten, sondern einen in einer anderen Farbe. „So weiß jeder Arzt gleich, dass da jetzt ein Sozialhilfebezieher vor ihm steht, was bestimmt nicht zur Gleichbehandlung beiträgt“, erklärte der Sozialexperte Martin Schenk in einer Aussendung. Er bemängelte, dass in der Gesundheits-

politik und Prävention zu wenig Augenmerk auf die sozialen Lebensbedingungen gelegt werde. „Obwohl wir für Österreich wissen, dass mit fallendem Einkommen die Krankheiten steigen und die Lebenserwartung sinke.

Schenk wies auch Aussagen des Gesundheitsressorts zurück, wonach 52 Prozent der 160.000 Nichtversicherten Asylwerber seien. „Wäre das der Fall, hätten wir 80.000 Asylwerber“. Von der Grundversorgung seien in Wirklichkeit maximal 20.000 Asylwerber betroffen, was die Gesamtzahl der Nichtversicherten auf 140.000 reduziere. Dass die Lücken mit der Versorgung für Flüchtlinge geschlossen seien, bezeichnete Schenk als falsch.

Für den Gewerkschaftlichen Linksblock ein Zustand der nicht haltbar ist. In Österreich gibt es eine Versicherungspflicht, und diese muss gewährleisten, dass auch alle Menschen erfasst werden alle hier lebenden Menschen krankenversichert sind.

## Jetzt fix: Chipkarte bringt Datenschutzprobleme und einen neuen Selbstbehalt (Praxisgebühr)

Im nächsten Jahr ist der Krankenschein passe, die Chipkarte wird ihn ablösen. Die Kosten von 38 Millionen Euro werden auf die Versicherten abgewälzt, mit einer Chipkarten-Gebühr von 10 Euro jährlich als Ersatz der Krankenscheingebühr und einer zusätzlichen Praxisgebühr.



Foto: Archiv

Außerdem mutieren die PatientInnen immer mehr zum gläsernen Menschen. Vorest werden auf der Chipkarte „nur“

Name, Versicherungsnummer und Geburtsdatum gespeichert. Aber es wird auch schon über die Speicherung der Notfallsdaten und über elektronische Rezepte via Chipkarte nachgedacht. Und auch das ist sicherlich nicht das Ende der

Fahnenstange.

Zusammengefasst: Die Chipkarte bedeutet für die Versicherten einen neuen Selbstbehalt (Praxisgebühr) und einen massiven Eingriff in den Datenschutz.

täglich 7,98 auf 10 Euro (eine 25,3 prozentige Erhöhung!!!) in Tirol zugestimmt. „Wer Schwierigkeiten hat, den Spitalskostenbeitrag zu bezahlen, kann sich an den Landesunterstützungsfonds wenden. Damit sollen Härtefälle vermieden werden. Damit ist sichergestellt, dass die Erhöhung des Spitalskostenbeitrags auf 10,- Euro pro Tag sozial verträglich ist“, freut sich SP-Vorsitzender LHStv. Hannes Gschwentner.

Laut dem Sprecher des GLB-Tirol, Josef Stingl, hat sich die SPÖ-Tirol hier einmal mehr kaufen lassen. Rückerstattung klingt ja schön und gut, nur zuerst müssen die Betroffenen den Betrag aus eigener Tasche bezahlen und auf die Rückerstattung haben sie keinen Rechtsanspruch.“ Und außerdem verweist er darauf, dass viele aus Scham oder Nichtwissen die Rückerstattung gar nicht beantragen werden.

„Dass die einfachen Menschen im Land das jetzt ausbaden sollen, ist nicht einzusehen,“ so Leist (FSG) zur Gesundheitspolitik von Schwarzblau in der Bundesregierung. „Dass die einfachen Menschen im Tiroler Land das jetzt ausbaden sollen, ist wirklich nicht einzusehen,“ so Stingl zur Gesundheitspolitik Politik von Schwarzrot in der Tiroler Landesregierung.

## Wußten Sie, ...

... dass 2003 jede/r ASVG-Versicherte/r laut der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat (VP) neben seinen Sozialversicherungsbeiträgen knapp 100 Euro an Selbstbehalten für seine Gesundheit ausgegeben hat?

... dass die Tiroler Gemeindegebühren laut einer Studie der Tiroler Wirtschaftskammer auf mehr als das Doppelte gestiegen sind? 1990 lag die durchschnittliche Gemeindebelastung pro Kopf bei 95,8 Euro, 2002 bei 203,3 Euro.

... dass für 20.000 PflegegeldbezieherInnen in Tirol nur 2.800 PflegerInnen zur Verfügung stehen? Rund 16.000 PflegegeldbezieherInnen werden zu Hause gepflegt, und sie gibt es bloß 1.000 PflegerInnen landesweit. Kein Wunder, dass sie über Personalmangel und zu wenig Zeit für die PatientInnen klagen.



**Für Frieden und Solidarität!  
Wir kämpfen gegen  
Imperialismus und Krieg!**

Caracas, Venezuela  
5.-13. August 2005

... dass es seit kurzem eine eigene österreichische Homepage ([www.weltfestspiele.at](http://www.weltfestspiele.at)) für die Weltjugendfestspiele gibt?